**Runder Tisch – Herausforderungen an die Politik**

Stand: 17.11.22

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Bereich** | **Herausforderungen**  lt. Gespräch am 12.10.22 in Stendal,  lt. RT-MV am 14.11.22  lt. Info zum LaTgs-Gespräch am 21.11.22 | **Lösungsrichtung** |
| Aufnahme |  |  |
|  | In einigen Städten in Sachsen-Anhalt sind **Termine der Ausländerbehörden** nur mit langen Wartezeiten zu bekommen. (Aussage der La-Hauptstadt MD vom 17.08.21: z.Z. werden Einbürgerungs-anträge aus dem 1. und 2. Quartal 2019 geprüft. Wartezeit mehr als zwei Jahre...)  Bei Anträgen zur Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis 6 bis 8 Wochen.  Lt. Aufenthaltsgesetz sind ca. 110 Erteilungsgrundlagen vorgegeben...  Dj.A.: Lange Wartezeiten bei Behörden; viele Menschen stehen dadurch vor großen Problemen. | Personal-Aufstockung.  Senkung der Vorgaben! |
|  | Chr.B.: Diskurs um **Unterbringungskapazitäten** und tatsächlicher Rückbau von entspr. Kapazitäten in Landkreisen. |  |
|  | Chr.B.: geplante **Abschiebehafteinrichtung** in Volkstedt. |  |
| Aufenthaltsrecht |  |  |
|  |  | R.Sch.: Chancenaufenthaltsgesetz wird ein Thema. |
|  | R.Sch.: positive Erfahrung: Zuzug für ukrainische Geflüchtete war einfacher, Erleichterungen im Vergleich zu anderen Gruppen. | Diskurs: Was hat sich bewährt? Was könnte zukünftig auch für andere Gruppen angeboten werden? |
|  | A.R.: Thema Afghanistan-Zuzug!  Entspr. Antrag ist im Landtag in den Innenausschuss verwiesen worden, aber nicht beraten... | Gesetzliche Regelung |
| Sozialberatung |  |  |
|  | **Sozialberatung** ist - etwa im LK Stendal - schon jetzt überfordert. Wenn LAE eröffnet, verstärkte Problemlagen! Sorge um Unruhen in der Bevölkerung...  Zusatzproblem: Berater:innen erklären bürokratische Formulare, weil die Texte schwer verständlich sind. | Ausweitung der Kapazitäten.  Vereinfachung der Verwaltungstexte. Einfache Sprache! |
|  | P.V.: **Migrationsberatung**. Finanzen für entspr. Aktivitäten – etwa des Paritätischen – stehen nicht langfristig zur Verfügung. Das macht das Halten von Fachkräften schwierig. |  |
| Bildungsintegration |  |  |
|  | O.T. u M.M.: schulische Versorgung macht Probleme. |  |
| Berufliche Integration |  |  |
|  | M.Schw.: **Anerkennungs- und Qualifizierungs-beratung** des IQ-Netzwerks. Streichung der Mittel des BMAS ab 2023 |  |
| Gesellschaftliche Teilhabe und Integration |  |  |
|  | Demokratie-Defizit: **Geflüchtete dürfen nicht wählen** | Wahlrecht – mindestens bei Kommunalwahlen – für alle |
|  | In vielen Landkreisen fehlen **Ausländer:innen-Beiräte**. | Gründung von Beiräten fördern! -  Menschen, die sich in Beiräten engagieren, haben Zugang zum polit. Geschehen. |
|  | Krz.B.: In Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts gibt es bislang nur zwei Integrationsbeiräte. Wie soll Beteiligung ohne Gremien stattfinden? |  |
|  | M.M.: Migrationsbewegungen sind in vergangenen Jahren enorm, Flucht-bewegung verändert sich dynamisch. -  Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird dadurch auf die Probe gestellt. |  |
|  |  | A.C.: Integrationskonzept der Stadt MD wurde weiterentwickelt, soll bis 12/22 als neue Arbeitsgrundlage beschlossen werden. |
| Gesundheitsversorgung |  |  |
|  | **Ärztemangel** im ländlichen Bereich!  Zus. Problem: Kinderärzte-Mangel!  Versorgung von Geflüchteten ist bes. betroffen! | Anreize für Ärzte schaffen |
|  | **Ausgabe von Behandlungsscheinen** bindet unnötig viele Kapazitäten bei Behörden / Gesundheitsamt  Chr.B.: Überlastung in Gesundheits- und Sozialämtern | Elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete im Asylverfahren  (Integrationskoordinator:innen schlagen dies landesweit vor.) |
|  | **Sprachbarriere in Arztpraxen**.  Zusätzlich: Ablehnende Haltung gegenüber Migrant:innen. | Umsetzung der entsprechenden LIK-Maßnahmen (LIK S. 88). |
|  | **Sprachmittlung** im gesundheitlichen Bereich | Aufnahme von Sprachmittlung in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) bzw. ins SGB V  (Aktuell gibt es dazu ein Positionspapier, das viele Einrichtungen unterstützen – von der Charité bis zum FlüRat. (Auch der RT hat sich angeschlossen.) |
|  | **Psychosoziale Versorgung**.  Traumafolgestörungen entstehen v.a. dann, wenn das Gefühl der Sicherheit fehlt. (30-50 % der Ankommenden laufen Gefahr von Traumafolgestörungen!)  R.Sch.: Psychosoziale Versorgung, v.a. im ländlichen Raum.  T.K.: Flächendeckende Identifizierung besonderer Schutzbedarfe ist erforderlich! Übernahme von Therapiekosten. | PSZ ausbauen – etwa ein PSZ in Stendal  (Finanzierung könnte evtl. über Asyl- und Migrationsfonds der EU gesichert werden.) |
| Antidiskriminierung |  |  |
|  | M.M.: Viele Menschen in Sachsen-Anhalt meinen, dass es menschliche Rassen gibt (s.a. NADIRA-Studie des DEZIM). |  |
|  | A.R.: Schüler:innen werden teils übergriffig, auch rassistisch gegenüber ukrainischen Geflüchteten. Viele Lehrkräfte sind nicht ausreichend dafür geschult. |  |